



VOLKSBLATT

Amtliches Publikationsorgan • 123. Jahrgang, Nr. 64

VERBUND | SÜDOSTSCHWEIZ

MITTWOCH

Sorge zum Wasser tragen

Morgen Donnerstag wird weltweit der von den Vereinten Nationen proklamierte «Tag des Wassers» begangen. Fast zeitgleich kündigte die Regierung eine Revision des liechtensteinischen Gewässerschutzgesetzes aus dem Jahre 1957 an. Die entsprechende Vorlage, in der auch das Verursacherprinzip stärker verankert werden soll, ist am Dienstag an den Landtag verabschiedet worden. Seite 3

Überzeugende Trainingsleistung



FUSSBALL: Einen sehr guten Eindruck hinterliessen Liechtensteins Teamspieler beim gestrigen Training für das bevorstehende WM-Qualifikationsspiel am kommenden Samstag gegen Spanien. Bis auf Patrik Hefti stand Nationaltrainer Ralf Loose der gesamte Kader zur Verfügung. Seite 15

Die Römer spinnen wieder



JUGEND: Nach fünfjähriger Abstinenz stürmen die Asterix-Fans wieder Buchläden und Kioske. Mit einer europaweiten Startauflage von acht Millionen kam letzte Woche der 31. Band mit den Abenteuern des kleinen Galliers in den Handel: «Asterix und Latraviata». Seite 23

REKLAME



VU-Landesvorstand empfiehlt Gang in die Opposition

Deutliches Ergebnis am VU-Landesvorstand: 67 von 84 Mitgliedern wollen Verzicht auf Mitarbeit in Regierung

Die Mitglieder des VU-Landesvorstandes geben die klare Empfehlung zu Händen des Parteitag ab, künftig in die Oppositionsrolle zu wechseln. Von 84 anwesenden Mitgliedern des Landesvorstandes sprachen sich 67 für eine Opposition der VU aus. Lediglich 17 Mitglieder des Gremiums plädierten für eine Regierungsbeihilfe der Union.

Peter Kindle

Nach einer langen und intensiven Diskussion habe der Landesvorstand der VU befunden, dem Parteitag von kommendem Montag den Weg in die Opposition zu empfehlen, betonte VU-Präsident Oswald Kranz unmittelbar nach der Entscheidungsfindung im Vaduzer Kellertheater.

«Klare Sache»

Beweggrund für den VU-Landesvorstand sei gewesen, dass eine Partei, die mit der absoluten Mehrheit gewählt ist, die Regierungsverantwortung tragen solle, so Oswald Kranz. «Diesem Aspekt ist der Landesvorstand im Wesentlichen gefolgt», erklärte der VU-Parteipräsident. Die Entscheidung sei schlussendlich «eine klare Sache gewesen, obwohl die Diskussionsbeiträge nicht auf das hindeuten liessen».

Auf die Frage hin, wie sich



Der VU-Landesvorstand empfiehlt dem Parteitag deutlich, in Zukunft die Oppositionsrolle wahrzunehmen. Bei der schriftlichen Abstimmung äusserten sich 67 Mitglieder für die Opposition, 17 plädierten für eine Koalition.

der VU-Parteipräsident selbst zur Frage «Opposition oder Koalition» stelle, hielt Oswald Kranz fest, dass er sich als Parteipräsident für eine Koalition eingesetzt habe. «Ich habe mich in allen Gremien für eine Koalition ausgesprochen, habe aber schlussendlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Landesvorstand meinem Votum nicht gefolgt ist.

Im Landesvorstand sei aber ein Antrag genehmigt worden, wonach die VU auch als Oppositionspartei bei wichtigen Themen wie der Verfassungsrevision mit der Bürgerpartei zusammenarbeiten soll. Die Entscheidung über Opposition oder Koalition, die im Landesvorstand der VU gefasst wurde, ist aber

noch nicht endgültig. Trotz einer deutlich zu erkennenden Tendenz für eine künftige Oppositionsrolle der VU kann sich der Parteitag am kommenden Montag noch für eine Mitarbeit in der Regierung unter Otmar Hasler aussprechen.

Mario Frick für Oppositionsrolle

Der noch amtierende Regierungschef Mario Frick sprach sich bereits anlässlich des Pressgesprächs von gestern Vormittag deutlich für eine Oppositionsrolle seiner Partei aus: Wenn man die beiden Regierungsformen, Allein- oder Koalitionsregierung betrachte, so seien beide Modelle für das Wohl des Landes nicht abträg-

lich. «In den letzten vier Jahren hatten wir eine Alleinregierung. Wenn man die Arbeit der Regierung betrachtet, so sieht man, dass Effizienz und Einbezug bei Vernehmlassungen funktioniert hat». Bei wichtigen Themen sei es notwendig, dass von Haus aus Zusammenarbeit angeboten wird, egal ob Opposition oder Koalition. Vor allem in den Bereichen Verfassung, OECD und FATF sei diese Zusammenarbeit in Zukunft von enormer Wichtigkeit. «Das Landesinteresse ermöglicht beide Varianten, alles andere wäre überraschend, denn in anderen Demokratien funktioniert es auch».

Die Funktionalität einer Demokratie äussere sich in den Wahlen, betonte Mario Frick.

Die Landesbevölkerung habe der Bürgerpartei mit 13, ja fast 14 Mandaten, eine sehr deutliche Mehrheit zuerkannt. Daher sei es klar, dass dort auch die Verantwortung getragen werden müsse.

Als dritten und abschliessenden Grund, warum er sich für eine Oppositionsrolle der VU ausspreche, erklärte Mario Frick, dass es der VU gut tue, ihre Institutionen zu stärken und neu zu positionieren. «Man verlässt sich, gerade wenn man so lange an der Mehrheit ist wie die VU, stark auf die Regierung.» Die Partei habe jetzt somit sicherlich eine gute Chance, sich neu zu gruppieren, um die Basis noch stärker einzubeziehen.

Mario Frick: «Bürger oder Untertanen?»

Der noch amtierende Regierungschef zum Verfassungsvorschlag des Fürstenhauses

«Mit der bewährten Verfassung von 1921 sind wir Bürger in diesem Land, mit der neuen Verfassung des Fürstenhauses wären wir Untertanen. Das muss man in dieser Deutlichkeit sagen.» So äusserte sich Regierungschef Mario Frick am Dienstag zum überarbeiteten Verfassungsvorschlag, den Fürst Hans-Adam II. und Erbprinz Alois vor kurzem mit einem Begleitbrief an alle Haushalte versandten.

Manfred Öhri

Er sei überrascht und bedauere es auch sehr, erklärte der noch amtierende Regierungschef Mario Frick am gestrigen Pressgespräch, dass in der Verfassungsfrage nun seitens des

Fürstenhauses offensichtlich keinerlei Gespräche mehr mit dem neuen Landtag und der neuen Regierung gesucht würden – dies entgegen den Andeutungen des Landesfürsten im letzten Schreiben.

«Bürger oder Untertan?»

Nach Auffassung der Regierung wären diese Gespräche aber dringend nötig, bemerkte Mario Frick, wobei er auch den Beizug von Mediatoren anregte, die insbesondere in solch schwierigen Verhandlungssituationen eine wichtige und wertvolle Vermittlerrolle einnehmen könnten.

Inhaltlich bringe der überarbeitete Verfassungsentwurf des Fürstenhauses «leider nichts Neues», bedauerte der Regierungschef unter Hinweis auf die vier wichtigsten (und um-

strittensten) Punkte. Seine Haltung fasste er dahingehend zusammen, dass Liechtenstein mit der Verfassung von 1921 eine bewährte Grundlage habe, auf der man bauen könne. «Mit dieser Verfassung sind wir Bürger, mit der neuen wären wir Untertanen», meinte er. Es gehe also – so Mario Frick – zentral und pointiert formuliert um die Frage: Bürger oder Untertan?

Zur Volksabstimmung

Zur Frage einer Volksabstimmung äusserte sich der Regierungschef dahingehend, dass es sicherlich am sinnvollsten und korrektesten wäre, wenn der Verfassungsentwurf des Fürstenhauses in Form einer Regierungsvorlage im Landtag eingebracht würde. Der Landtag wäre dann frei, wie er da-

mit umgehen würde: Er könne auf die Vorlage eintreten und eine erste und zweite Lesung durchführen, er könne sie theoretisch aber auch zur Überarbeitung an die Regierung zurückweisen oder eine Kommission zur weiteren Bearbeitung bilden.

Wenn die Verfassungsvorlage im Parlament nicht die dafür erforderliche Zustimmung erhalte, dann könne vom Landtag aus auch keine Volksabstimmung anberaumt werden, unterstrich Mario Frick. Sofern gewollt, müsste diese dann auf dem Wege einer Volksinitiative erwirkt werden. Persönlich glaube er nicht daran, so der Regierungschef, dass die fürstlichen Verfassungsvorschläge im neuen Landtag die notwendigen Mehrheiten erhalten werden.

Hilfe für Osttimor

Nach einem fast 24-jährigen Krieg ist Osttimor am Boden und braucht Hilfe zum Wiederaufbau der Infrastruktur. Der Friedensnobelpreisträger José Ramos Horta aus Osttimor stattete dem liechtensteinischen Gymnasium einen Besuch ab und erläuterte in einem Vortrag die Geschichte und derzeitige Situation Osttimors. Erschreckt durch die prekäre Situation in den Schulen, beschloss die Klasse 8A des Gymnasiums, ihre Hilfe anzubieten. Da der Unterricht in Osttimor landesweit ohne Schreibutensilien geführt werden muss, bittet die Klasse um Werbematerial im Sinne von Schreibzeug (Blöcke, Hefte). Auch über jede finanzielle Unterstützung zur Deckung der Unkosten von Porto und Verpackung ist die Klasse froh.